

Beschluss des Landrates vom 14.12.2017

Nr. 1826

10. Fragestunde der Landratssitzung vom 13./14. Dezember 2017 2017/577; Protokoll: ps

1. Roman Brunner: Universität Basel

Roman Brunner (SP) verweist auf die Aussage von Walter Leimgruber, des Dekans der Fakultät, im Regionaljournal: «Entlastungen wären noch schlechter für die Uni als freie Stellen nicht zu besetzen.» Er spricht von den besten aller schlechten Massnahmen. Deshalb geht der Votant davon aus, dass bei einer Nicht-Besetzung der Professur der Ruf der Uni leidet. Er hat eine Zusatzfrage zum zweiten Teil der Frage: *Wie kommt die Regierung dazu, dass bei der Universität Basel kein Imageschaden stattfindet?*

Rolf Richterich (FDP) hat folgende Zusatzfrage: *Welchen Einfluss hat der Regierungsrat auf solche Besetzungen von Fakultäten?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) hält fest, dass der Regierungsrat diesbezüglich keinen Einfluss habe. Die Votantin ist als Regierungsrätin im Universitätsrat vertreten. Zu Roman Brunner: Der Votantin ist diese Aussage des Dekans nicht bekannt. Tatsache ist, dass die Uni über eine Unternehmensstrategie verfügt, in deren Rahmen die Fakultäten selber Anträge zur Ausgestaltung der Studiengänge stellen. Die Anträge zur Stellenbesetzung werden mit dem Rektorat besprochen und kommen in den Universitätsrat. Der Unirat stimmt in der Regel zu, ausser bei Zweifeln an der Eignung der Person. Die Ernennung einer Professur ist Sache der Fakultät.

2. Roman Brunner: Neupositionierung der Brückenangebote

Roman Brunner (SP) hat folgende Zusatzfrage: *Wie kann es geschehen, dass jemand nicht in die Brückenangebote aufgenommen wird, obwohl er angemessene Bemühungen nachweisen kann?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) sagt, dass die zuständigen Leute auf der Koordinationsstelle dies anders beurteilen können, wenn sie den Eindruck haben, es handle sich um eine Alibiübung, oder die Person bemühe sich nicht richtig. Dann kommt der in der Antwort beschriebene Prozess in Gang.

3. Roman Brunner: Ausbildung Lehrpersonen Sek I

Roman Brunner (SP) führt aus, dass der Auftrag des Landrats sei, die Modellumschreibungen möglichst rasch zu überprüfen und anzupassen. Sowohl in der Kommission wie auch im Landrat wurde dies einstimmig beschlossen. Der Votant hat folgende Zusatzfrage: *Weshalb verweigert sich die Regierung diesem Auftrag?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) antwortet, dass sich die Regierung nicht weigere. Das Ganze wird an die Hand genommen, sobald der nötige finanzielle Spielraum besteht. Dieser wurde heute erneut eingeschränkt. Die Votantin unterstützt die Anpassung. Bei der Erstellung des neuen Budgets und des AFP wird überprüft werden, welche Möglichkeiten es gibt. Die Kosten betragen CHF 1 Mio. pro Jahr.

Jürg Wiedemann (Grüne-Unabhängige) hält fest, dass für die Schulen ein Horizont wichtig sei. Der Votant hat folgende Zusatzfrage: *Bis wann circa könnte das umgesetzt werden?*

Antwort: Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) kann diese Frage nicht beantworten. Es braucht zuerst eine Auslegeordnung und eine Betrachtung der finanziellen Situation. Der entsprechende Prozess ist relativ umfangreich. Zuerst muss das Personalamt die Modellumschreibungen erstellen, dann geht das Ganze ins Bewertungsteam – wobei es sich um eine sozialpartnerschaftliche paritätische Kommission handelt. Diese gibt eine Empfehlung zuhanden des Regierungsrats ab. Er muss den Anhang der Personalverordnung anpassen, um die Modellumschreibungen in Kraft setzen zu können. Der Prozess ist kompliziert, und es ist schwierig vorauszusagen, wann das Ganze alle Gremien durchlaufen hat.

://: Alle Fragen sind beantwortet.
